

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Petra Bolte

FDP Geesthacht

Rüdiger Tonn

Pressemitteilung

21. November 2010

Betrifft: Bergedorfer Straße

Berichterstattung in der „LL“ am 30. April 2010

Die Fraktionen von Bündnis 90/ DIE Grünen und die FDP haben bereits am 18. November 2009 erstmals nach dem Stopp der Planungen für die Umgestaltung der Fußgängerzone ein Gespräch über die Fortführung der Umgestaltung geführt. Beteiligt waren Petra Bolte und Gerhard Boll von den Grünen sowie Rüdiger Tonn und Carsten Hack von der FDP.

In dem sehr sachlich und kollegial geführten Gespräch war man sich schnell einig, die verfahrenere Situation in der Planung der Bergedorfer Strasse aufzulösen. Ein gemeinsam erarbeitetes 25 Punkte umfassendes Papier sollte helfen, die Verwaltung und die anderen Fraktionen an einen Tisch zu bekommen, um die Umgestaltung der Bergedorfer Strasse zügig umzusetzen. Die Gespräche mit der SPD sollten von Frau Bolte und Herrn Boll und die mit der CDU durch Herrn Tonn und Herrn Hack geführt werden. Da ein Gespräch zwischen SPD und Grünen nicht zustande kam, führten die FDP Vertreter am 17. Februar 2010 ein Gespräch mit Hans-Werner Madaus und Jürgen Leonhard von der SPD und stellten diesen das durch FDP und Grünen erarbeitete Papier vor. Am 15. März 2010 fand dann ein Gespräch zwischen FDP und CDU mit Heide und Axel Gloor über das Papier statt. In beiden Gesprächen sind die von Grünen und FDP erarbeiteten Punkte positiv aufgenommen worden. Es wurde vereinbart, dass die Fraktionen über das Thema diskutieren und dann noch einmal alle bisher Beteiligten gemeinsam das weitere Vorgehen beraten. Bis dahin sollte keine Veröffentlichung erfolgen. Über die nun erfolgten Äußerungen sind Petra Bolte und Rüdiger Tonn doch einigermaßen enttäuscht, da dies nicht den Absprachen entspricht.

„Wir hoffen nach diesen positiven Äußerungen durch Herrn Steffen und Herrn Leonhard nun auch auf eine positive Entwicklung für eine zügige Umsetzung der Umgestaltung“ so Petra Bolte und Rüdiger Tonn.

Kernpunkte des 25 Punkte Papiers vom 18.11.2009 sind:

- Die Arbeiten an der Bergedorfer Straße sollen zügig in Angriff genommen werden, da insbesondere wegen des Zustands der Abwasserrohre ein Aufschub nicht zu verantworten ist.
- Die Fahrtrasse (ca. 4-5 m) sollte einen für eine Belastung mit 40t hergerichtet werden, die Streifen rechts und links der Mitteltrasse jedoch nicht. Eine hohe (und teure) Belastbarkeit für 40t ist nicht Wand-zu-Wand erforderlich.
- Unvermeidlicher Lieferverkehr soll mit Pollern gesteuert werden, so dass kein unbefugtes Durchfahren mehr möglich wird.

- Der Baumbestand ist bis auf vier Bäume (mit schlechter Prognose hinsichtlich der Lebensfähigkeit) zu erhalten und durch Pflegemaßnahmen aufzubauen.
- Wenn durch unvermeidliche Tiefbauarbeiten Bäume so beschädigt werden, dass sie abgängig sind, müssen diese durch hochwertige Neupflanzungen ersetzt werden.
- Die zuvor im Ausschuss für Bau und Verkehr vorgestellten „Betonringe“ werden für zu teuer, nicht ästhetisch und vom Pflegerischen her nicht sinnvoll gehalten.
- Der Belag der Straße soll keinen zu glatten/gleichförmigen/grauen Eindruck hinterlassen. Während vereinzelt bereits vorhandener Naturstein gestalterisch wiederverwendet werden sollte – z.B. für eine Rinne – ist die Straße ansonsten mit ausbesserungsfreundlichem Betonstein in abgestimmter warmer Farbgebung zu decken.
- Mit Blick auf die unterschiedlichen Wünsche hinsichtlich des Wartehäuschens der Bushaltestelle „Hauptpost“ wird vorgeschlagen, einen dekorativen Bogen eingangs der Fußgängerzone aufzustellen. Dieser Bogen würde einerseits als Tor in die Fußgängerzone einladen (Schriftzug oben bietet sich an), andererseits können im Innern des Bogens rechts und links Sitzbänke stehen und die Funktion des Wartehäuschens erfüllen.
- Eine moderate Anliegerbeteiligung ist angemessen und soll erhoben werden.
- Das Vorhaben Bergedorfer Straße / Fußgängerzone hat vor allen anderen Bauprojekten Priorität! Das Projekt muss, einmal angefangen, zügig und vorrangig durchgeführt werden und darf nicht „geschoben“ werden – die Kapazitäten der Verwaltung dürfen nicht zwischenzeitlich für andere Projekte abgezogen werden.

Ziel ist, mit einer hinlänglich breiten Mehrheit im Hintergrund die gemeinsamen Vorstellungen in einem Antrag einzubringen, der der Verwaltung und den Planern eine eindeutige Richtschnur und klare Vorgaben an die Hand gibt.

Es geht den Vertretern der FDP und den Grünen nicht darum, wer welche Ideen oder wer recht oder unrecht hat, sondern um den schnellen Fortgang der Planungen und um eine breite Mehrheit bei den Entscheidungen.

„Ebenso ist uns wichtig, die Diskussionen über die durch das Innenministerium bestätigte notwendige Anliegerbeteiligung zu beenden“ so die beiden Vertreter der Grünen und der FDP.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Petra Bolte

Für die FDP Fraktion

Rüdiger Tonn